

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 21. Jahrgang, Nr. 9, 29. April 2004

A 13861

rechts

Einblicke

Neuer Blickwinkel

Von Helmut Lölhöfel

Seit 20 Jahren informiert der „blick nach rechts“ über Aktivitäten und Entwicklungen am rechten Rand. Wir sind bei einem interessierten Fachpublikum geschätzt und werden von den Medien als erstklassige Quelle anerkannt. Der „blick nach rechts“ muss aber mehr Menschen erreichen, wenn er seinen Anspruch erfüllen will. Denn Rechtsextremismus ist nach wie vor ein zentrales Dauerthema.

Um stärker wahrgenommen zu werden, uns zu profilieren und unsere Leserschaft zu erweitern, wollen und müssen wir neue Wege gehen. Wir wissen, dass Veränderungen in Medien unbeliebt sind, weil Seh- und Lesegewohnheiten langlebig sind. Besonders langjährige Abonnenten trennen sich ungern von dem, was sie kennen. Wir setzen aber darauf, dass sie wegen der Qualität unserer Informationen und der Beständigkeit unserer Aufklärungsarbeit dabei bleiben.

Diese ist die letzte in dieser Form erscheinende gedruckte Ausgabe des „blick nach rechts“. Vom 17. Mai an ist der bewährte Informationsdienst gegen rechts online im Internet lesbar. Wer lieber auf Papier als am Bildschirm liest, kann sich die Artikel ausdrucken. So sparen wir Herstellungs- und Versandkosten und können den Bezugspreis erheblich senken. Trotzdem: wer unbedingt am alten Format festhalten will oder keinen Internetanschluss hat, kann ausnahmsweise eine gedruckte Ausgabe weiterbeziehen, aber mit verminderter Umfang und zu einem höheren Preis.

Die Schirmherrschaft des neuen bnr.de übernimmt Ute Vogt. Als Innenpolitikerin im Bundestag und als Mitglied der SPD-Spitze sorgt sie dafür, dass beim Kampf gegen Rechtsextremismus nicht nachgelassen wird. Ute Vogt verkörpert die Generation, die sich den Rechtsextremen entgegenstellt und die weiß, dass zum Erfolg auch neue Methoden notwendig sind. Eine davon ist die Umwandlung des „blick nach rechts“ in einen modernen, profilierten, attraktiven Internetdienst.

Dehnbare Statistik

Im Gegensatz zu den verkündeten Zahlen sind in Magdeburg die rechtsextremen Straftaten wieder angestiegen.

Seite 2 ■

Antisemit in Robe

Das Gericht hat gegen Horst Mahler ein vorläufiges Berufsverbot als Rechtsanwalt verhängt.

Seite 3 ■

Braune Kommilitonin

Hamburger Studenten klären über neo-nazistische Aktivistin auf, die jetzt Volkskunde studiert.

Seite 4 ■

Missbrauchtes Opfer

Neonazis nutzen den Tod eines jungen Mannes als Plattform für ihre Propaganda aus.

Seite 5 ■

Vergessener Aufstand

Vor 60 Jahren haben sich die Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau gegen ihre Ermordung in den Gaskammern erhoben.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 13 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöfel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Auslegungssache**

Die Interpretation von Statistiken ist dehnbar, wie das Beispiel Magdeburg zeigt.

Winston Churchill schrieb einst allen Nachwuchspolitikern den Leitsatz ins Stammbuch, keiner Statistik zu glauben, die man nicht eigenhändig gefälscht habe. Nun will niemand der Staatsschutzabteilung der Magdeburger Polizeidirektion (PD) unterstellen, Statistiken bewusst zu fälschen. Aber die Interpretation von Statistiken ist Auslegungssache. Natürlich scheint es eine Erfolgsmeldung, wenn die Staatsschutzabteilung verkündet, dass die extremistischen Straftaten im Bereich der PD Magdeburg seit 1997 auf ein Viertel zurückgegangen sind. Eine nur scheinbar positive Nachricht, denn die rechtsextremistisch motivierten Straftaten sind 2003 zumindest gegenüber dem Vorjahr wieder deutlich angestiegen. Haben die Beamten im Jahr 2002 noch 67 rechtsextreme Straftaten registriert, was tatsächlich ein deutlicher Rückgang etwa gegenüber dem Vorjahr (117 Delikte) war, schlugen im Jahr 2003 wieder 84 Straftaten zu Buche.

„Dabei“, so muss der Chef der Staatsschützer, Siegmund Leih, einräumen, „handelt es sich dann auch wirklich nur um die tatsächlichen Straftaten“. Immer mehr hat der Staatsschutz in Magdeburg mit Aktivitäten der rechtsextremen Szene zu tun, die sich im Graubereich der Legalität bewegen. So haben Unbekannte erst jüngst im gesamten Stadtgebiet ein Gedicht des einstigen Reichsjugendführers der NSDAP, Baldur von Schirach, plakatiert, in dem dieser dem vorgeblichen NSDAP-Märtyrer und Autor des SA-Liedes, Horst Wessel, huldigte. „Dieser Text gehört weder zu den indizierten noch zu den verbotenen Schriften der NS-Zeit“, räumt Leih ein. Alle Fahnen strecken möchte er aber dennoch nicht. „Es handelt sich zumindest um eine verbotene Plakatierung, die als Ordnungswidrigkeit zu verfolgen wäre“, meint er. Das allerdings wäre dann nicht mehr Aufgabe der Staatsschützer. Über die Polizeidirektion seien alle Polizeireviere aufgefordert worden, die entsprechenden Plakate, wo immer sie auftauchen, zu entfernen oder zumindest unkenntlich zu machen. Eine Aufforderung, der im einen oder anderen Revier wohl nur sehr halbherzig nachgegangen wird, wie Proteste von Lesern der örtlichen Tageszeitung „Volksstimme“ zeigen.

Die Stadt Magdeburg hatte in den 90er-Jahren in Sachen Rechtsextremismus selbst international für Schlagzeilen gesorgt. Immer wieder gab es Überfälle rechtsextremer Aktivisten auf linke Jugendliche oder Ausländer. Lange Zeit stand die Landeshauptstadt von Sachsen-Anhalt in der Spitzengruppe fremdenfeindlicher Städte in Ostdeutschland, nachdem rechtsextreme Jugendliche am Himmelfahrtstag 1994 in der Innenstadt eine regelrechte Hetzjagd auf Ausländer veranstalteten und das Plattenbauviertel Neu Olvenstedt zur „National befreiten Zone“ erklärten. Das renommierte „Time Magazine“ zählte Magdeburg nicht zuletzt deshalb in einer Sonderausgabe zum 50. Jubiläum der Nato zu den potenziellen Aufmarschgebieten für Friedenstruppen des Verteidigungsbündnisses.

„Seither hat sich die Szene gewandelt“, sagt Leih, kann aber auch nicht verleugnen, dass die Straftaten und insbesondere die Gewalttaten zwar gegenüber dieser Zeit deutlich zurückgegangen sind, andererseits aber die Szene durch die Vereinigung einstiger NPD-Dissidenten mit zuvor eher unorganisierten Skinheads unter dem Schlagwort „Freie Nationalisten“ eine neue und zumindest in Magdeburg bislang weitgehend unbekannte Organisationsstruktur angenommen hat. Eine Struktur, die auch der Hamburger Neonazi Christian Worch, enger Freund und Verbündeter des Quedlinburger Neonazis Steffen Hupka, zumindest mit ideologischer Fürsorge begleitet.

Zurück zur Statistik. Von den 84 rechtsextrem motivierten Straftaten im vergangenen Jahr im Bereich der PD Magdeburg waren insgesamt 12 fremdenfeindliche Übergriffe. Auch hier zeigt sich ein zumindest in Magdeburg recht neues Phänomen. Fast alle fremdenfeindlichen Übergriffe ereigneten sich in Fahrzeugen des öffentlichen Personennahverkehrs. Die Angreifer sind offenbar der Ansicht, nach vollbrachter Tat an der nächsten Haltestelle bequem flüchten zu können und setzen dabei ganz bewusst auf die Untätigkeit unbeteiligter Fahrgäste. Zumindest zwei derartige Übergriffe konnten dennoch aufgeklärt werden. Die Magdeburger Verkehrsbetriebe haben angefangen, ihre Fahrzeuge nach und nach mit einer Videoüberwachung auszustatten. Und helfen damit auch den Staatsschützern der Polizei, ihre Arbeit zu tun. „Wenn wir alles zusammenrechnen, Gewalttaten, Propagandadelikte und solche Taten wie etwa Verleumdungen und Beleidigungen“, räumt Leih ein, „kommen wir aber über eine Aufklärungsquote von 50 Prozent nicht hinaus“.

Eberhard Löblich

Hintergrund

Berufsverbot

Horst Mahler darf vorläufig nicht mehr als Rechtsanwalt tätig sein. Vom Antisemitismus mag er weiterhin nicht lassen.

Kann jemand, der die Ansicht vertritt, eigentlich gelte ja gar nicht bundesrepublikanisches Recht, vielmehr seien die alten Reichsgesetze nach wie vor gültig, Rechtsanwalt bleiben? Kann jemand als Strafverteidiger tätig sein, der selbst – als Verteidiger wie als Angeklagter – mit aller Penetranz gegen Gesetze verstößt? Das Amtsgericht Tiergarten gab am 8. April eine Antwort: Er kann nicht. Das Gericht verhängte gegen Horst Mahler ein vorläufiges Berufsverbot als Rechtsanwalt.

Die Auftritte des 68-Jährigen in seinem derzeit vor dem Landgericht Berlin laufenden Verfahren wegen Volksverhetzung brachten das Fass zum Überlaufen. Über den „Sturz der jüdischen Fremdherrschaft“ in Deutschland hatte er dort schwadroniert, die Bundesrepublik als „Reichsvernichtungsregime“ titulierte, das als ein „dem deutschen Volk feindliches Institutionengeflecht“ den „naturegebenen Widerstand des Volkes gegen seine Ausplünderung und Auslöschung im Schein der Rechtllichkeit niederhält“. Den Richtern hatte er gedroht, sie müssten sich „demnächst vor Gerichten des Deutschen Reiches“ wegen Völkermord und Landesverrat verantworten. Die „Entlarvung der Auschwitzlüge“ zu fordern, damit hatte sich Mahler nicht begnügt, vielmehr sein Publikum im Gerichtssaal wissen lassen: „In der Vernichtung der Juden waltet Vernunft.“ Und: „Milliarden von Menschen wären bereit, Hitler und dem deutschen Volk den Völkermord an den Juden zu verzeihen, wenn er ihn denn begangen hätte.“

Die Staatsanwaltschaft leitete nach diesen Äußerungen ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Staates ein und beantragte das vorläufige Berufsverbot. Mahler attestierte den Ankläger eine „bewusst feindliche Gesinnung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ sowie einen „menschenverachtenden und unverhüllten Antisemitismus“. Beides – seine Fundamentalablehnung der Bundesrepublik Deutschland wie seinen ungezügelter Antisemitismus – soll er nun nicht mehr in Anwaltsrobe verbreiten dürfen.

Für Horst Mahler ist das Verbot, seinen Beruf auszuüben, keine neue Erfahrung. 1974 war er, nach einer Verurteilung zu 14 Jahren Haft wegen schweren Raubes und Gründung einer kriminellen Vereinigung (der RAF), aus der Anwaltschaft ausgeschlossen worden. Acht Jahre nach seiner vorzeitigen Haftentlassung erhielt er 1988 die Anwaltszulassung zurück. Sein Weg nach rechtsaußen schien seit 1997 unaufhaltsam. Schon vor knapp drei Jahren war die Frage aufgeworfen worden, ob die Zulassung erneut widerrufen werden könnte. Mahler hatte im September 2001 die Anschläge in den USA als „eminent wirksam und damit rechtens“ bezeichnet. Für den Verlust der Anwaltslizenz reichte das seinerzeit noch nicht. Voraussetzung wäre eine Verurteilung zu mindestens einem Jahr Haft wegen eines Verbrechens gewesen. Von Mahler klar distanziert hatte sich schon Anfang 2001 die Vereinigung Berliner Strafverteidiger, die erstmals in der 50-jährigen Verbandsgeschichte eines ihrer Mitglieder ausschloss. Grund war ein Text Mahlers, in dem er standrechtliche Erschießungen und die Umkehr der Beweislast bei Strafverfahren gefordert hatte.

Inzwischen hat Mahler Beschwerde gegen das vorläufige Berufsverbot erhoben. Entscheiden muss darüber eine Kammer des Landgerichts. Dass er vom Antisemitismus nicht lassen mag, dürfte die Richter nicht für ihn einnehmen. Die „Jüdische Weltherrschaft“ sei das „wichtigste zu lösende Problem“, schreibt Mahler in seiner Beschwerde. „Der gegenwärtige Weltzustand zeigt, dass die Völker diesem Feind erliegen, wenn sie ihn nicht als Feind ins Visier nehmen.“ Den „maßgeblichen Kreisen der US-Ostküste“ bescheinigt Mahler, dass sie „zum Völkermord am Deutschen Volk entschlossen waren und sind“.

Mahlers nächstes großes Ziel bleibt „eine öffentliche Hauptverhandlung wegen ‘Leugnung des Holocausts’“ gegen „eine weltbekannte Person der Zeitgeschichte“. In dieser Rolle sieht er niemanden anderes als sich selbst. Schon bevor das vorläufige Berufsverbot verhängt war, ließ Mahler seine Revisionisten-Freunde im „Verein zur Rehabilitation der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten“ wissen, dass der Versuch, ihn „als Verteidiger für den kommenden ‘Großen Auschwitzprozess’ auszuhebeln, ins Leere geht, da ich mich im Falle einer gegen mich erhobenen Anklage selbstverständlich selbst verteidigen kann, auch wenn ich mit einem Berufsverbot belegt werden sollte“.

Tomas Sager

Aktivitäten**Braune „Erweckung“**

Überzeugte neonazistische Aktivistin studiert jetzt an der Hamburger Universität Volkskunde.

„Spirit Wake“, der Name der Versandbuchhandlung verspricht spirituelle Erleuchtung. Im Programm des Versands aus Bad Segeberg raunen jedoch vor allem die braunen Götter. Zur „geistigen Erweckung“ bietet die Betreiberin Thekla Kosche Publikationen von spirituellen Faschisten, nationalsozialistischen Rassentheoretikern und verurteilten Holocaustleugnern an. So können neben Büchern von Franz Bardon „Der Weg zum wahren Adepten“ oder Karl Spiesberger „Magische Einweihung“ auch Werke von Julius Evola „Revolte gegen die moderne Welt“, Hans F. K. Günther „Rassenkunde des deutschen Volkes“ und David Irving „Göring – Macht und Magie“ per Internet oder Telefon bezogen werden.

Die Werke von Julius Evola preist Kosche, die sich seit Jahren in der Szene der Freien Kameradschaften zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg bewegt, besonders an. Im Programm hat sie nicht nur die kulturkritischen Thesen des 1974 verstorbenen „faschistischen Gurus“ (Umberto Eco) aus dem Arun-Verlag, sondern auch dessen spirituellen Initiationsoptionen aus dem Ansata-Verlag. In den „hermeneutischen Traditionen“, erklärt Kosche, beschreibe Evola die „alchemistische Umwandlung der Metalle und Menschen zu Gold“: Eine „bahnbrechende Arbeit“. „Präzise und anschaulich“ würde Evola in „Grundlegung der Initiationen“ die „Göttlichen Techniken der Selbstumwandlung“ darstellen, hebt sie hervor. Der spirituell-faschistische Zinnober des italienischen Faschisten dürfte Kosche inspirieren, den der im „Heidnischen Imperialismus“ schon 1928 formulierte: „Wir machen Schluss mit jedem Kompromiss; jeder Schwäche; jeder Nachsicht gegenüber allem, was von der semitisch-christlichen Wurzel herkommt (...) Anti-Europa, Anti-Semitismus, Anti-Christianismus – das ist unsere Losung“.

Mit ihren Kurzkommentierungen versucht Kosche, dem esoterisch Interessierten mehr als nur faschistische Esoterik nahezulegen. Diverse verherrlichende Literatur des Nationalsozialismus stellt sie ebenso wohlwollend kommentierend auf ihrer Ver-

sandwebseite vor. „Dieses Buch ist auch für Esoteriker sehr interessant“ merkt sie zu einem Werk über „Seele und Antlitz der Rassen und Völker“ an.

Die „Rassen- und Völkerkunde“ scheint Kosche, die Ende der 90 Jahre die Anti-Antifa-Arbeit vorantrieb, um „gegenüber der Antifa sanktionsfähig zu werde“, auch als Studentin am Herzen zu liegen. Seit dem Wintersemester 2003/2004 studiert sie an der Hamburger Universität Volkskunde. Sehr zur Sorge von Studierenden des Fachbereichs, die befürchten, dass sie „Informationen über ihre Kommilitonen und Dozenten“ sammeln könnte. Keine unberechtigten Bedenken.

Anfang des Jahres 2001 erschreckten Kunden des Hamburger Kurier-Diensts „City Express“, als die damals bekannte Anti-Antifa-Aktivistin in ihren Firmen auftauchte. Als Fahrradkurier belieferte Kosche etliche Betriebe und Projekte der linksalternativen Szene. Mehrere Betroffene hatten Angst, dass die frühere Aktivistin des „Bündnis Rechts Lübeck“ sie so ausspionieren wollte. Die Firma reagierte, wie zuvor schon die Kurier-Firma Bikebote in Kiel. Sie unterließ die Zusammenarbeit mit der sich selbst als „Nationalsozialistin“ bezeichnenden Kosche.

Zu Semesterbeginn Anfang April verteilten Studenten wegen Kosches Anti-Antifa-Aktivitäten eine Flugschrift vor dem Fachbereich. „Wir hielten dies für nötig“, erklärt ein Student, „damit niemand unwissend mit ihr in einer Referatsgruppe landet, sie bei Kaffee und Kuchen zum Arbeitstreffen empfängt, um es im Nachhinein zu bereuen“. Genötigt fühlten sich die Studenten zu der Aktion auch, als sie im Programm der virtuellen Buchhandlung mehrere Standardwerke der Anti-Antifa fanden, wie „Das antifaschistische Milieu“ von Claus-Martin Wolfschlag. „Wir wollten aber auch nicht darauf warten“, betont ein Volkskunde-Student, „dass Kosche im Fachbereich mit ihrem nationalsozialistischen Denken selbstbewusst“ auftritt. Alleine schon die „Rolle der Volkskunde als Hilfswissenschaft im Nationalsozialismus“ bedinge, „solch möglichen Reden entgegenzuwirken“, betont er.

Das Leserforum des eigenen Versandes nutzt indes Spirit Wake längst, um über die „kampflose Übergabe“ Deutschlands „an den Islam, an die Juden und an alle anderen Eindringlinge“ zu klagen. „Wenn wir den Krieg gewonnen hätten“, so heißt es dort, dann würde kein „Türke oder Araber in unserem Land leben“.

Andreas Speit

Aktivitäten

Opfer als Märtyrer

Neonazis missbrauchen den von einem Ausländer erstochenen „Helden von Marzahn“ für ihre Zwecke.

Am 20. März 2004 gegen 0.40 Uhr ist der 20-jährige Thomas Pötschke mit vier Freunden auf dem Weg zu einer Disco nahe dem S-Bahnhof Marzahn in Berlin. Sie haben ihr Auto auf dem Parkplatz abgestellt, als sie beobachten, wie jemand mit einer Steinschleuder auf die Scheiben der Fahrzeuge schießt. In einem der Wagen sitzt eine junge Frau, die durch Splitter verletzt wird. Pötschke rennt auf den Randalierer zu. Der läuft fort, wird eingeholt. Er zückt ein Messer und sticht zehn Mal auf Pötschke ein. Ein 32-Jähriger, der dem Täter in den Arm fällt, wird lebensgefährlich verwundet. Eine zufällig vorbeikommende Polizeistreife ergreift den Täter. Thomas Pötschke stirbt noch am Tatort.

Der Vorfall schlägt hohe Wellen im Stadtteil, in Presse, Fernsehen und Internet. Der Tote wird zum „Held von Marzahn“ ausgerufen, als leuchtendes Beispiel für Zivilcourage herausgestellt. Zur Wut über den Mord, als den die Staatsanwaltschaft den Fall behandelt, trägt bei, dass der Täter Ausländer ist, ein 24-jähriger Student aus Tunis, der vor zwei Jahren nach Berlin kam, wo er in einem Wohnheim in Zehlendorf lebte. Ein Foto illustriert die Geschichte, auf dem das blutbefleckte Gesicht des Mörders scheinbar lächelnd zu sehen ist. „Osama Bin Laden ist ein Held, ich tat das für Bin Laden“ soll er bei seiner Festnahme gerufen haben. Die Polizei dementiert einen terroristischen Hintergrund. Die Terror-Assoziation verfestigt sich dadurch, dass gleichzeitig berichtet wird, der so genannte „Tunesier“, der bei den Anschlägen vom 11. März in Madrid beteiligt war, habe sich auch in Berlin aufgehalten. Bereits kurz nach der Tat sieht Udo Pötschke, der 46-jährige Vater des Opfers, sich genötigt, die Wogen zu glätten. Im Jugendclub „Die Wurzel“ im Stadtbezirk Marzahn hält er eine Rede, in der er vor „Hass-Tiraden oder Vergeltungsschlägen gegen Ausländer“ warnt: „Der Tod meines Sohnes war das Werk eines Einzelnen.“

Das Aufsehen, das der Fall erregt, lockt auch jene an, die ohnehin stets Ausländer zur Wurzel allen Übels erklären. Schon unter den zirka 800 Teilnehmern eines Trauermarsches am 3. April, der

vom Tatort eine Stunde lang durch den Stadtteil führte, werden 200 Neonazis gesichtet. Erkannt wurden Mitglieder der „Skinhead Gemeinschaften“ aus Marzahn und Hellersdorf und von „Wotans Volk“, Anfang der 80er-Jahre als Jugendgruppe der „Vandalen Ariogermanische Kampfgemeinschaft“ von Arnulf Priem gegründet, zu dessen Umfeld Kay Diesner gehörte, der 1997 in Marzahn auf einen Buchhändler schoss und kurz darauf einen Polizisten umbrachte.

NPD und Freie Kameradschaften haben den „Helden von Marzahn“ als Märtyrer für die rechte Sache auserkoren. Albert Leo Schlageter, Wilhelm Gustloff und Horst Wessel lassen grüßen. Am 7. April versammelten sich etwa 50 Neonazis an der Mordstelle zu einer „Mahnwache“. Gerüchte wurden in die Welt gesetzt, Thomas Pötschke sei einer der ihnen gewesen. Dessen Vater stellt entschieden klar: „Mein Sohn war kein Rechter.“ Der Anwalt der Angehörigen versucht, juristisch gegen weitere Kundgebungen von Neonazis vorzugehen. Angestoßen worden sein soll der Aufmarsch von Mitarbeitern der Security-Firma, die jene Discothek betreut, zu der Thomas Pötschke unterwegs war.

„Deutschland uns Deutschen“ und „Multikulturell = kriminell“ verkündeten die Transparente, die am 15. April erneut von einem Dutzend Neonazis am S-Bahnhof Marzahn aufgezogen wurden. Immerhin war ihnen untersagt worden, sich direkt am Tatort aufzustellen, an der mit Holzkreuz, Blumen und Kerzen improvisierten Gedenkstätte. Diese hatten Freunde des Ermordeten besetzt, die rechtzeitig von der Kundgebung erfahren hatten. „Wir distanzieren uns von jeglichem Missbrauch durch politische Gruppierungen“ heißt es auf ihrem Spruchband. Udo Pötschke sagt, er habe die Neonazis gefragt, mit welchem Recht sie den Tod seines Sohnes als Plattform für ihre Propaganda ausnutzen. „Ganz Deutschland ist unsere Plattform“, habe ihr Anführer geantwortet und sich abgewendet.

Um weitere ähnliche Demonstrationen von Neonazis zu verhindern haben Pötschkes Freunde vorsorglich bis zum 1. Mai tägliche Mahnwachen am Tatort angemeldet. Der Beerdigungstermin wird geheim gehalten, damit die Rechten dazu nicht mobilisieren können. Plänen, einen Gedenkstein aufzustellen, erteilt Udo Pötschke eine Absage: Der Friedhof sei nur 200 Meter entfernt. Die Medien zeigten sich zugeknöpft, als er sie zu einer Berichterstattung über die rechten Bemühungen zur Legendenbildung bewegen wollte. *Uwe Ruprecht*

Verfassungsschutz

Aktionismus

In Schleswig-Holstein droht Gefahr durch gewaltbereite Neonazis – Abwärtstrend bei den rechtsextremen Parteien.

Eine „latente Gefahr“ gehe von den Neonazis zwischen Flensburg und Pinneberg aus, warnte Schleswig-Holsteins Innenminister Klaus Buß (SPD) bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2003 in Kiel. Zentrales Merkmal dieser Szene sei der nicht vorhandene politische Strukturen ersetzende Aktionismus, der das Gruppengefühl der Anhänger stärke. „In der neo-nationalsozialistischen Szene gibt es ohnehin eine weit verbreitete Gewaltbereitschaft, die dann besonders gefährlich wird, wenn sie sich mit dem Gedankengut der militanten britischen Combat-18-Bewegung verknüpft“, sagte Buß. Die britische Neonazi-Gruppe Combat 18 sorgte in den vergangenen Jahren mit Aktionen und „terroristischen Strategiepapieren“ international für Aufmerksamkeit.

Vor fünf Jahren hatten sich in Deutschland die ersten „Braunen Zellen“ nach dem „C 18“-Vorbild gebildet – darunter der mittlerweile verbotene „Hamburger Sturm“. Seit anderthalb Jahren kursiert eine deutschsprachige Ausgabe des englischen C 18-Propagandaorgans „Storm“ in Schleswig-Holstein. Darin wird gegen Antifaschisten, Kriminelle und Drogendealer mobil gemacht und zur Bedrohung von missliebigen Politikern aufgerufen. Vor einem „verfrühten“ bewaffneten Kampf „gegen den Staat und seine Vasallen“ wird wegen zurzeit mangelnder Erfolgsaussichten in den Pamphleten noch gewarnt. Derweil tobt sich die rechtsextreme Militanz an jüdischen Grabsteinen aus, wie Anfang Mai 2003 in Neustadt (Kreis Ostholstein) geschehen. Ein orthografisch bedenkliches Bekenner-schreiben wurde in schlechtem Deutsch im Internet samt fotografischem Arbeitsnachweis unter dem Rubrum „C 18“ als „Aktionsreport“ veröffentlicht. Das Gekritzel endet mit altbekanntem Wirrköpfigem: „Es gab keinen Holocaust am jüdischen Volk. Nieder mit der 6 Millionenlüge und ihren wildwuchernden Ausgeburten. Kampf der Lüge bedeutet Kampf dem Juden, immer & überall.“ Im Zusammenhang mit dem Verdacht der Bildung einer terroristischen Vereinigung wurden im Oktober Wohnungen von zahlreichen Rechtsextremisten durchsucht. Sieben Personen wurden festgenommen, ge-

gen weitere fünf, darunter der damalige NPD-Landeschef Peter Borchert, erging Haftbefehl. Schwerpunkt der Aktion waren Pinneberg und Neumünster. Im nördlichsten Bundesland wurden im vergangenen Jahr 321 rechtsextremistische Straftaten gezählt, darunter 66 mit Gewaltanwendung (2002: 56 Gewalttaten und 317 sonstige).

Die rechtsextremen Parteien büßten bei der parlamentarismus-feindlichen Klientel weiter an Attraktivität ein. Auf Talfahrt befindet sich weiter die von innerparteilichen Streitigkeiten gelähmte NPD, die bundesweit 1100 Mitglieder verlor und heute 5000 Getreue zählt, davon 130 (wie 2002) in Schleswig-Holstein. In dem Bundesland, so der Verfassungsschutz, waren die Aktivitäten der Partei durch das Zerwürfnis zwischen Bundesvorstand und dem neonazistischen Landesvorstand um Peter Borchert und Jürgen Gerg „völlig zum Erliegen gekommen“. Jetzt versucht die NPD es mit einer neuen Personalie: Zum Landesvorsitzenden wurde Uwe Schäfer bestimmt, der das Amt schon bis 1998 inne hatte. Auch die DVU beklagt einen Mitgliederschwund von 500 auf 450. Vom nördlichsten Landesverband gingen 2003 kaum Aktivitäten aus. Ähnlich sieht es bei den Republikanern aus, die auf 60 Mitglieder geschrumpft sind (2002: 100). Zur Kommunalwahl trat keine der drei Parteien an. Nur in Lübeck stellte sich in 27 Wahlkreisen ein vom führenden Neonazi Christian Worch unterstütztes „Bündnis Nationaler Sozialisten für Lübeck“ zur Wahl und erreichte 702 Stimmen (0,8 Prozent). Das konkurrierende „Bündnis Rechts für Lübeck“ schaffte 0,5 Prozent.

Größerer Beliebtheit erfreute sich das rechte Liedgut. Vier Holsteiner Skinhead-Bands (bundesweit: 95) versorgen ihre Fans mit rassistischen, antisemitischen und gewaltverherrlichenden Texten, die auch auf Konzerten in Neumünster und Büdelsdorf Anklang fanden.

Der Verfassungsschutz hat im Berichtsjahr 1380 Rechtsextreme (2002: 1410) gezählt. Die Zahl der Neonazi-Aktivistinnen erhöhte sich von 70 auf 90, die „rechtsextremistisch geprägte Szene“ stieg von 550 auf 600 – im Jahr 2001 waren es 470. „Subkulturelle Kameradschaften“ waren aktiv in Kiel, Rendsburg, Kreis Pinneberg, Kreis Herzogtum Lauenburg, Lübeck, Neumünster, Kreis Ostholstein. Sie spielten Fußball, veranstalteten Partys, betrieben Anti-Antifa-Arbeit oder beteiligten sich an Demonstrationen gegen den Irak-Krieg und die Wehrmachts-Ausstellung.

Volker Stahl

Aus der Szene

Generationskonflikt

Streit um den braunen „Schwarzen Block“.

Auf den rechten Internetforen geht es seit einigen Wochen hoch her. Gegenseitige Beschimpfungen und Verdächtigungen machen die Runde. Der Anlass: Jüngere Neonazis aus dem Umfeld der Freien Kameradschaften rufen zu einem „Nationalen Schwarzen Block“ der gemeinsam von NPD und Freien Nationalisten organisierten Demonstration am 1. Mai in Berlin auf. Der Aufruf ist in Diktion und Aufmachung eindeutig von linken Gruppierungen kopiert. Nur die Symbole sind vertauscht. Auf einem Banner, mit dem zum rechten schwarzen Block geworben wird, kickt ein Jugendlicher ein Antifasymbol weg.

Doch die Initiative überfordert einen Großteil der rechten Klientel. Die Vorbehalte speisen sich aus zwei Quellen. Ein Teil der Rechten, die durchaus für jugendgemäßes Auftreten sind, argumentieren eher politisch gegen den „Schwarzen Block“. Er könne zu einer Kriminalisierung der Demonstration führen. Sie können sich auf einen ersten schwarzen Block auf einer Neonazidemonstration im Dezember 2003 in Berlin berufen. Damals wurden 20 Freie Nationalisten, die sich zu einem schwarzen Block formiert hatten, festgenommen, weil sie von der Polizei für Linke gehalten wurden. „Ein Zeichen von politischer Radikalität ist dieser Mummenschanz sicher nicht.“ Die „nationale Politik“ sollte nicht mit einem „Abenteuerspielplatz“ verwechselt werden, schreibt das Aktionsbüro Norddeutschland. Anderen vor allem älteren Rechten hingegen passt die ganze Richtung nicht. „Was soll der deutsche Bürger denken, der solche schwarzen Blöcke der linken Zecken verachtet“, fragt ein besorgter Kamerad. Einen anderen stößt bitter auf, dass in den Aufrufen teilweise der Begriff „Black Block“ verwendet wurde. Das solche englischen Begriffe in die rechte Szene Eingang finden, wurde im Internetforum als Zeichen einer Aufweichung der Positionen interpretiert.

Mittlerweile haben die Initiatoren des schwarzen Blocks mehrfach versichert, dass sie eindeutige Nationalisten seien und ihnen Randalen und Auseinandersetzungen mit der Polizei fern liege. Man wolle sich vor allem vor den Kameras der politischen Gegner schützen.

Peter Nowak

Am Rande

Rote Karte gezeigt

Nutzer verbannen antisemitische Website von Platz 1 der Google-Ergebnisliste.

Die populäre Internet-Suchmaschine Google ist ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, da eine Anfrage in der internationalen Version unter dem Stichwort „Jew“ als obersten Eintrag die antisemitische Website „Jewwatch.com“ zu Tage förderte. Deren Mission wird mit der „genauen Beobachtung jüdischer Gemeinden und Organisation weltweit“ umrissen. Neben Informationen zu Themen wie der „jüdischen Weltverschwörung“, „jüdischer Gedankenkontrolle“ oder „jüdischen Manipulationen des Weltfinanzmarktes“ werden dort viele Links zu revisionistischen Texten, Personen oder Organisationen bereit gestellt. Auch Schriften von Adolf Hitler werden angeboten. Offiziell zugelassen ist die seit 1997 existierende Seite auf Frank Weltner aus St. Louis, auch bekannt unter den Spitznamen „Von Goldstein Mohammad“ oder „Couch Potato“. Enge Verbindungen bestehen zum Neonazi-Portal „Stormfront“, deren Webmaster Don Black auch die technische Wartung von Jewwatch übernimmt. Der auf jeder Seite vorhandene Link „Diskussion“ führt direkt ins Forum der Stormfront-Seiten. Weltner kam früher auch des öfteren auf der ebenfalls von Black geführten Website „Blitzcast“ zu Wort.

Die Google-Geschäftsführung wies die Aufforderungen jüdischer Bürgerrechtsgruppen zurück, die Seite aus ihrem Index zu entfernen. Das Ranking der Suchergebnisse werde von komplizierten Computer-Algorithmen bestimmt und sei deshalb keinesfalls als bewusste Hofierung rechtsextremer Internetinhalte zu verstehen. Über eine Online-Petition („Remove Jewwatch“ – „Entfernt Jewwatch“) wurden seit Ende März mehr als 100 000 Unterschriften gesammelt, um die Betreiber der Suchmaschine zum Einlenken zu bewegen. Durch die Verlinkung möglichst vieler Internetseiten mit dem „Jew“-Eintrag der Online-Enzyklopädie Wikipedia wurde Jewwatch mittlerweile von Platz 1 der Ergebnisliste verbannt.

Erfolgreich waren die Proteste noch in anderer Hinsicht. Der betreffende Webpace-Anbieter teilte den Betreibern mit, dass die Seite gegen die Nutzungsbedingungen des Unternehmens verstoße und aus dem Netz entfernt werden müsse. Seit dem 16. April ist Jewwatch „offline“.

Michael Funk

Ausland**Zustandsbericht****Frankreichs Juden sind nach wie vor von Gewalt bedroht.**

Die französische Nationale Beratungskommission für Menschenrechte (CNCDH), die als unabhängiges Gremium dem Premierminister zurarbeitet, hat vor wenigen Tagen ihren Rassismusbericht vorgelegt. Seit den 80er-Jahren veröffentlicht die CNCDH alljährlich den Report, der als Zustandsbericht für die französische Gesellschaft gelten kann.

Der Jahresbericht für 2003 verzeichnet für das zurückliegende Jahr insgesamt 817 Gewalttaten und -drohungen. Das widerspiegelt einen Rückgang gegenüber dem im Jahr 2002 erreichten Rekordniveau (1313), aber noch immer einen starken Anstieg gegenüber dem vorangegangenen Jahrzehnt: 1990 wurden 189 solcher Straftaten verzeichnet, 1995 waren es 614.

Von den Gewalttaten und -drohungen richten sich 72 Prozent oder 588 Straftaten (463 Bedrohungen und 125 Gewaltdelikte) gegen französische Juden; im Jahr 2002 waren es 932 gewesen. Von 70 persönlichen Aggressionen gegen jüdische Menschen waren gut 30 Schulkinder oder Jugendliche betroffen. Dabei kommen aber die Täter selten aus der sprichwörtlichen Mitte der Gesellschaft, sondern eher aus ihren Randbereichen: Eine nicht näher genannte Anzahl sind Immigranten, in 10 bis 15 Prozent der Fälle wurden französische Rechtsextremisten als Täter identifiziert.

Weit in bürgerliche Kreise hinein verbreitet sind rassistische Denkformen gegen Immigranten, vor allem gegen Araber. Die CNCDH hebt den spezifischen Rassismus gegen Algerier hervor, der aus der französischen Kolonialgeschichte erklärbar ist. Bei einer Befragung durch die Kommission antworteten 45 Prozent, Moslems seien nicht integrierbar, sondern blieben in erster Linie Moslems – während 44 Prozent es für möglich erklären, zugleich Franzose und Moslem zu sein. Jüdische Menschen sehen 25 Prozent in erster Linie als Juden, 56 Prozent der Antwortenden betrachten sie gleichermaßen als Juden und als Franzosen.

Im vergangenen Jahr gab es – zusätzlich zu den antisemitisch motivierten Taten – 229 rassistische

Gewaltdelikte. Als Zielgruppen wurden in 81 Prozent der Fälle Menschen maghrebinischer Herkunft identifiziert. Ein wachsender Teil der Gewalt gegen Sachen (22 Prozent; 12 Prozent im Jahr davor) richte sich gegen moslemische Kultureinrichtungen, so die CNCDH. Befragt nicht nach den eigenen Vorurteilen, sondern denen der anderen und der Gesellschaft insgesamt, erklärten 88 Prozent der Befragten den Rassismus für „verbreitet“ in Frankreich; 64 Prozent halten seine Bekämpfung für notwendig. Als Ziel- oder Opfergruppen nennen 48 Prozent Araber oder Algerier, 13 Prozent nennen Juden. Für 10 Prozent wiederum sind „Franzosen, Weiße und Europäer“ angeblich die Hauptopfer von Rassismus.

Bernhard Schmid

Schwer gestört

David Mulas, inzwischen 28-jährig, im Frühling 2000 Mitbegründer der Nationalen Partei der Schweiz (NPS), ist noch einmal knapp äußerst knapp um einen längeren Gefängnisarrest herumgekommen. Allerdings nur durch die starke Betonung seiner schweren Persönlichkeitsstörungen, unter der er seit seiner frühen Kindheit leide. Angeklagt war Mulas in erster Linie wegen eines Schusses, den er im Februar 2002 in Richtung eines Türstehers und Amateurboxers der Klasse Superschwergewicht bei einem Streit in der Berner Altstadt abgegeben hatte. Das Kreisgericht Bern-Laupen verurteilte ihn nun zu 12 Monaten Gefängnis ohne Bewährung. Dies nachdem Mulas bereits im Mai 2001 unter anderem wegen gewerbsmäßigen Betrugs zu 17 Monaten mit Bewährung aufgebremst erhalten hatte. Das Gericht schob die Strafe jedoch diesmal zugunsten einer ambulanten psychotherapeutischen Behandlung und Anordnung einer Schutzaufsicht auf.

Wie bei Rechtsextremisten beliebt, hat auch Mulas vor dem Kreisgericht Bern-Laupen behauptet, nichts mehr mit der Szene zu tun zu haben. Allerdings ist der letzte Eintrag auf der immer noch betreuten NPS-Internet-Site erst einige Wochen alt und verweist auf einen unlängst verlorenen Prozess von Mulas gegen einen „Blick“-Journalisten. Dort ist auch ein „Kleiner Ausflug zum DUCE in Predappio (Forlì) im November 2003“ dokumentiert. Tröstlich immerhin, dass die NPS nie über die politische Bedeutungslosigkeit hinausgekommen ist, auch wenn sie noch vor zwei Jahren großmaulig die Teilnahme an den nationalen Wahlen vom Herbst 2003 angekündigt hatte.

Hans Stutz

Liebe Leserinnen und Leser des **blick nach rechts**,

wie wir Ihnen ja bereits mitgeteilt haben, wird sich der „blick nach rechts“ verändern. Wegen neuer Informationsgewohnheiten und auch aus Kostengründen haben wir uns dazu entschlossen, den „blick nach rechts“ ab Mitte Mai vollständig im Internet erscheinen zu lassen. Dadurch sind wir auch in der Lage, schneller Informationen zu liefern. Aktuelle Kurznachrichten werden von uns regelmäßig ins Netz gestellt und sind kostenfrei zu lesen.

Der „blick nach rechts“ erscheint nach wie vor alle 14 Tage, nur eben online. Als Abonnent können Sie dann selbst entscheiden, wie Sie den „blick nach rechts“ künftig lesen wollen: jeden einzelnen Artikel am Bildschirm oder ausgedruckt und damit wie bisher auf Papier. Wir lassen aber diejenigen unserer bisherigen Abonnenten, die keinen Internetzugang haben, nicht im Stich. Ihnen bieten wir die Möglichkeit, weiterhin eine gedruckte Ausgabe des „blick nach rechts“ zu erhalten.

Es ist ganz einfach: Auf dem unten stehenden Bestellformular können Sie ankreuzen, wie Sie den „blick nach rechts“ weiter beziehen wollen. Bitte senden Sie das ausgefüllte Formular per Post oder per Fax an den Berliner vorwärts Verlag zurück.



Berliner vorwärts
Verlagsgesellschaft mbH
 – Vertrieb –
 Stresemannstraße 30
 10963 Berlin

bnr.de
 blick nach rechts

jetzt abonnieren!

Ich beziehe

- ☐ das Online-Jahresabo für 9,80 €
☐ das Jahresabo für 39,00 € in Printform frei Haus*
 * Das Angebot gilt nur für bisherige Abonnenten des „blick nach rechts“.

Datum

Unterschrift

Widerrufsgarantie: Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche (Datum des Poststempels) gegenüber der Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, Vertrieb, Stresemannstraße 30, 10963 Berlin widerrufen werden.

Zahlungsweise

- ☐ Bankeinzug ☐ Rechnung

Vorname

Nachname

Telefon

Straße

PLZ/Ort

E-Mail

Geldinstitut

Kto-Nr.

BLZ

Datum

Unterschrift

Kunden-Nr.

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr, sofern es nicht spätestens drei Monate vor Ablauf gekündigt wird.

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130 • Fax (0 30) 2 55 94 - 199 • E-Mail vertrieb@vorwaerts.de

NS-Vergangenheit**Aufstand in Birkenau**

Am 16. Mai vor 60 Jahren hatten sich die Sinti und Roma gegen ihre Ermordung in den Gaskammern erhoben.

Als sich in der Bundesrepublik Wissenschaftler und Politiker nach der Befreiung zögerlich mit dem Nationalsozialismus zu beschäftigen begannen, galt ihre Aufmerksamkeit keineswegs von Anfang an den Opfern. Zunächst meldeten sich alte Nazis und dekorierte Offiziere wie der FDP-Politiker Erich Mende und der General Erich von Mannstein („Verlorene Siege“). Sie erinnerten an Schlachten und priesen die Tapferkeit ihrer Soldaten. Es dauerte etliche Jahre, ehe die Forschung sich dem Widerstand zuwandte. Sie begann mit dem 20. Juli. Vom Widerstand linker Gruppen oder gar Verfolgter war keine Rede. Die kamen erst in den Fokus mit einer neuen, jungen Generation von Wissenschaftlern und den 68ern. Die fragten nicht mehr nach „Helden“ von Tobruk, Stalingrad oder Kursk, sondern nach den Opfern. Es begannen Reisen zu den Orten des Schreckens – zunächst nach Dachau, Flossenbürg und Neuengamme, später nach Auschwitz und sogar nach Majdanek. Dabei rückte in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit selbstverständlich der Völkermord an den europäischen Juden. NS-Verfahren wie der erste große Auschwitzprozess in Frankfurt/Main und später der Majdanekprozess in Düsseldorf taten das ihre.

Kleine Initiativen begannen sich um andere Verfolgtengruppen zu kümmern, etwa die Opfer der Euthanasie oder die Homosexuellen und ganz langsam auch um die Deserteure, die es bis heute schwer haben, offiziell als Opfer der Militärjustiz anerkannt zu werden. Völlig außer Betracht geblieben waren bis dahin die Überlebenden und Nachkommen des anderen Völkermords. Es waren die Sinti und Roma, deren Verfolgung mit der Befreiung vom NS-Regime nicht aufgehört hatte. Sie galten über den 8. Mai 1945 hinaus in einigen Bundesländern weiter pauschal als Asoziale und Kriminelle. Ihre Ausgrenzung durch die Nazis wollte kaum jemand nachträglich als Verbrechen anerkennen, von Opfern mit Anspruch auf Entschädigung ganz zu schweigen. Dass die meisten „Zigeuner“ im deutschen Machtbereich ermordet worden sind, nahm die Öffentlichkeit erst nach und meist widerwillig zur Kenntnis. Es bedurfte zäher

Anstrengungen, um einen Dachverband der Sinti und Roma zu gründen, der seitdem von Romani Rose geleitet wird. Vor allem mit Hilfe der Landesregierung von Baden-Württemberg bekam der „Zentralrat deutscher Sinti und Roma“ sogar ein eigenes „Kultur- und Dokumentationszentrum“ mit Sitz in Heidelberg.

Am 16. Mai wird der Zentralrat an den Aufstand der Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau erinnern – auf den Tag genau 60 Jahre nach der Erhebung gegen den Tod in den Gaskammern. Bundesaußenminister Joschka Fischer hat dem Zentralrat den Welsaal im Auswärtigen Amt zur Verfügung gestellt. Zu den Rednern gehören neben Fischer Bundespräsident Johannes Rau und der ehemalige polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski.

Der Festakt dürfte auch für die Erinnerung an diesen Aufstand hilfreich sein. Von Erhebungen vorwiegend jüdischer Häftlinge in den Vernichtungslagern Treblinka, Sobibor und in einigen Ghettos ist einiges bekannt. Das gilt nicht für den Aufstand der Sinti und Roma am 16. Mai 1944 in Birkenau. Er wird nicht einmal in der „Enzyklopädie des Holocaust“ erwähnt. Umso wichtiger ist der vorzügliche Katalog „Der nationalsozialistische Völkermord an den Sinti und Roma“, den Romani Rose im vergangenen Jahr herausgegeben hat. Der mehr als 300 Seiten zählende Band kann über den Zentralrat bezogen werden (www.sintiundroma.de). Auf Seite 287 beginnt das Kapitel über den Widerstand vom Mai 1944 mit knappen Sätzen: „Als die SS am 16. Mai die noch im ‘Zigeunerlager’ lebenden Sinti und Roma in den Gaskammern ermorden wollte, bewaffneten sich die Häftlinge, die zuvor eine Warnung erhalten hatten, mit Steinen und Werkzeugen. Sie verbarrikadierten sich in den Baracken und konnten so die drohende Vernichtung zunächst abwenden.“ Anfang August kamen die SS-Leute zurück und trieben die Opfer doch ins Gas. Es waren 2897 Kinder, Frauen und Männer.

Von den etwa 40 000 „Zigeunern“, die es 1941 in Deutschland gab, haben nur wenige überlebt. Rund 20 000 waren ins „Zigeunerlager“ von Auschwitz verschleppt worden. Nach der Besetzung fast ganz Europas setzte auch in diesen Staaten die Verfolgung der „Zigeuner“ ein, wobei die Behörden in Frankreich eifrig halfen, die Menschen in deutsche KZs zu deportieren. Die wissenschaftliche Erforschung dieses fast vergessenen Völkermordes ist noch lange nicht abgeschlossen. *Heiner Lichtenstein*

Demokratische Initiativen

Alte Vorurteile

Aufklärung über Antisemitismus tut Not.

Antisemitismus ist in den zurückliegenden Jahren in Teilen der deutschen Bevölkerung wieder salonfähig geworden: Da wird bei Demonstrationen auf Transparenten Israel mit Nazi-Deutschland gleichgesetzt. Schüler beschimpfen sich als „du Jude“. Der Zentralratsvize der Juden, Michel Friedman, wird nach Bekanntwerden seines Kokainkonsums in den Medien weit über einen angemessenen kritischen Rahmen hinaus diskriminiert.

Der wieder auflebende Antisemitismus ist nicht nur in Deutschland zu beobachten, sondern in vielen europäischen Ländern. Deshalb hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) am 28. und 29. April zu einer Konferenz zum Thema Antisemitismus nach Berlin eingeladen. Während es bei dieser Zusammenkunft vor allem darum gehen wird, das Phänomen als ernst zu nehmendes Problem zu bewerten, wollen die Herausgeber eines aktuellen Bulletins „Antisemitismus und Antiamerikanismus in Deutschland“ noch etwas anderes erreichen: Aufklärung, damit sich die Verhältnisse wieder ändern können. Oder, wie Anetta Kahane, die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, bei der Präsentation des Bulletins sagte: „Es muss tabu sein, öffentlich Israel mit Nazi-Deutschland zu vergleichen.“

Die 112 Seiten starke Publikation wurde Mitte April in der Stiftung präsentiert. Herausgegeben wird sie vom Zentrum Demokratische Kultur der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) Berlin in Kooperation mit der Amadeu Antonio Stiftung und dem Klett-Verlag. Gerade in den Schulen sei unter Lehrern eine große Unsicherheit im Umgang mit Antisemitismus verbreitet, erläuterte Britta Kollberg, Geschäftsführerin der RAA Berlin. „Vielen fehlt Hintergrundwissen, so dass sie sich im Unterricht um das Thema herummogeln“, stellte sie fest. Lehrern, aber auch Journalisten und allen Interessierten soll die Publikation Informationen und Ansätze für Strategien gegen Antisemitismus und Antiamerikanismus an die Hand geben.

Ein Jahr verging von der Idee für die Broschüre bis zu ihrer Fertigstellung. In dieser Zeit verfass-

ten 15 Autorinnen und Autoren die Beiträge des Bulletins, die in drei thematische Blöcke gegliedert sind: „Zur Genese von Antisemitismus und Antiamerikanismus“ handelt die historischen Hintergründe des Phänomens ab. Der Abschnitt „Aspekte von Antisemitismus und Antiamerikanismus“ enthält unter anderem eine Chronik antisemitischer Vorfälle aus dem Jahr 2003, fasst aktuelle Umfragen zum Thema zusammen und liefert Beispiele für Antisemitismus und Antiamerikanismus in der linken wie der rechten Szene. Im dritten Abschnitt „Umgang mit Antisemitismus in der Bildungs- und Projektarbeit“ geht es um praktische Anleitungen für Lehrer und in der Jugendarbeit Tätige.

Die Zunahme antisemitischer und antiamerikanischer Äußerungen sei stark verknüpft mit der Wahrnehmung des Nahostkonfliktes in der deutschen Öffentlichkeit, sagte Anetta Kahane bei der Präsentation des Bulletins. Doch werde der reale Konflikt oft nur als willkommener Aufhänger für die Artikulation altbekannter Stereotype benutzt. „Uns geht es nicht darum, israelische und US-amerikanische Außenpolitik zu erläutern oder zu bewerten. Wir wollen vielmehr zeigen, wie hartnäckig sich bestimmte Vorurteile reproduzieren.“ Auch die pauschale USA-Kritik insbesondere seit dem Anschlag auf das World-Trade-Center sei eng mit dem Thema Antisemitismus verknüpft. „Antisemitismus funktioniert auch ohne Juden, und er weist deutliche Überschneidungen mit dem Antiamerikanismus auf“, schreibt Kahane in ihrem Vorwort. So werden auch von manchen – linken – Globalisierungsgegnern unzulässige und unbelegbare Verknüpfungen zwischen „dem“ US-Imperialismus und „dem“ jüdischen Großkapital der amerikanischen Ostküstenstaaten hergestellt.

Aufklärung tut Not. Die Amadeu Antonio Stiftung hat ein Modellprojekt gegen Antisemitismus in den neuen Bundesländern entwickelt. Gemeinsam mit verschiedenen Partnern setzt die Stiftung in Schulen, Jugendeinrichtungen, Verwaltungen und Betrieben an, um Diskussionen über das Thema in Gang zu bringen. Und anlässlich der OSZE-Konferenz in Berlin lädt das Bündnis für Demokratie und Toleranz zu einer Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Antisemitismus – was tun?“ Zwischen dem 27. und 29. April werden Filme, Ausstellungen und Diskussionen zum Themenkomplex präsentiert.

Gudrun Giese

Das Bulletin kann unter www.zdk-berlin.de bestellt werden. Informationen über das Modellprojekt unter: www.projekte-gegen-antisemitismus.de

Demokratische Initiativen**Aufstieg und Fall****Ein Abgesang auf Ronald Barnabas Schill.**

Noch ist der Hamburger Rechtspopulist Ronald Schill nicht nach Südamerika ausgewandert. Doch schon jetzt ist das Phänomen Schill nach dessen Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde Historie. Eine vom Rosa-Luxemburg-Bildungswerk herausgegebene Aufsatzsammlung analysiert den „Aufstieg und Fall des Ronald Barnabas Schill“.

Zunächst fragt Meinhard Meuche-Mäker nach den Ursachen des kometenhaften Aufstiegs des Amtsrichters. Der Autor ortet in der Bundesrepublik ein „größeres rechtsextremes und -populistisches Potenzial“ als es in den Wahlergebnissen von DVU und Republikanern bislang zum Ausdruck kam und beruft sich auf entsprechende Studien. Dazu kommen eine Reihe anderer Faktoren, die den Nährboden für das Phänomen Schill bereiteten: zunehmende Individualisierung, Auflösung traditioneller sozialer und kultureller Milieus, politische Skandale („Spendenaffäre“). Schill habe es geschafft, sich mit lautsprecherischer Betätigung als „Markenname“ zu etablieren und stehe für einen „rechtskonservativen Populismus“, der sich von rechtsextremen Positionen durch eine grobe Verfassungskonformität unterscheide. 19,4 Prozent der Hamburger fühlten sich 2001 von diesem Angebot aus dem rechtspopulistischen Fundus angesprochen.

Nachdem Schill im Dezember 2003 nach Querelen aus seiner eigenen Partei geworfen worden war, fand er eine neue Heimat in der Pro Deutschen Mitte des millionenschweren Unternehmers Bolko Hoffmann. Andreas Speit skizziert in seinem Beitrag Programm und Ideologie der rechtspopulistischen Partei, die sich zur Hamburger Bürgerschaftswahl 2004 den Appendix „Schill“ an den Parteinaamen hängte. Eine Analyse von Heino Windt zu Schills Politik als Innensenator anhand von konkreten Beispielen (problematische Kriminalitätsstatistiken, repressive Drogenpolitik) schließt die informative Broschüre ab.

Volker Stahl

Meinhard Meuche-Mäker (Hg.): Aufstieg und Fall des Ronald Barnabas Schill. Skizzen zur Schillschen Variante des bundesdeutschen Rechtspopulismus, Hamburger Skripte 6, 28 Seiten, Hamburg 2004. Bezug über das Rosa-Luxemburg-Bildungswerk, Tel. 0179/273 28 44; www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de

Zwischenruf**Kopfschütteln**

In Heft 2 des im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) bei Bertelsmann verlegten „Deutschland Archiv“ kam der Professor Konrad Löw mit einem Beitrag „Deutsche Identität in Verfassung und Geschichte“ zu Wort. Nicht nur der Name des nicht zu den großen Historikern gezählten, durch Rechtslastigkeit ausgewiesenen Emeritus Löw, auch der Titel des offenbar ungeprüft gedruckten Manuskripts hätte hellhörig machen müssen. Nach einem Exkurs über das Werden des Grundgesetzes und Lob für die Aufnahme des Holocaust in das Selbstverständnis der Bundesrepublik wundert sich der Autor über den mangelnden Nationalstolz der Deutschen, die für ihn allemal Opfer sind. Erst die bösen 68er, voran Bundesaußenminister Joschka Fischer, unterstützt vom Zentralratsvize der Juden Salomon Korn, zwangen sie, über ihre Rolle in der NS-Zeit nachzudenken, indem sie sie für kollektiv schuldig erklärten.

Schuld und Haftung, Verantwortung bewusst zu vermengen, hat in der rechten Szene bis hin zu dem CDU-Mitglied Martin Hohmann (dessen Parteiausschlussverfahren soeben begonnen hat) Tradition. Für Löw waren die Deutschen zwar im Kaiserreich noch in der Weimarer Republik vom Antisemitismus „nicht gänzlich verschont“, dennoch hatten sie „kein Verständnis für seine (d.i. des Führers) brutale Judenpolitik“, ringsum sieht er Menschen, die tiefe Trauer, Empörung, Scham über die Judenhetze, Sympathie mit den Opfern bekundeten und Hilfe leisteten. „Gibt es einen zuverlässigeren Chronisten der deutsch-jüdischen Symbiose unter dem Hakenkreuz (sic!) als den Juden und Literaten Victor Klemperer ...?“ ringt es sich aus ihm heraus. Man wundert sich, wie sechs Millionen Juden und Hunderttausende aus anderen Opfergruppen starben. Bei der BpB wunderte sich niemand. In einem Schreiben danach distanzierte man sich „aufs Schärfste“ von dem Text wegen der Ansichten des Autors zum Antisemitismus. „Weder die Bundeszentrale .. noch der Beirat der Zeitschrift hatten von der ... Veröffentlichung Kenntnis.“ War's also dann ein unbedarfter Redakteur? Konrad Löw selbst wird das nicht stören. Aus dem Haushalt des Innenministers hat er sein Honorar. Und er hat eine unerwartete Öffentlichkeit. In den einschlägigen Publikationen wird man nachlesen können, wie ihm die rechte Szene dankt. *Klaus-Henning Rosen*

Grauzone

Kontaktverbot

Das Bundesverteidigungsministerium erkennt beim Verband deutscher Soldaten einen rechtsextremen Hintergrund.

Die Bundeswehr darf zum Verband deutscher Soldaten (VdS) und seinen Unterorganisationen keine dienstlichen Kontakte mehr unterhalten. Dies hat das Bundesverteidigungsministerium am 16. Februar entschieden. Ausschlaggebend für die Entscheidung war die unkommentierte Veröffentlichung von Texten der 1970 gegründeten „National Socialist Party of America“ (NSPA; Chicago) im VdS-Publikationsorgan „Soldat im Volk“ (Ausgabe 4 + 5/2003). Propagandist der militanten und antisemitischen NSPA war auch der bekannte Rechtsextremist Gary Rex Lauck. Solche Veröffentlichungen aus dem rechtsextremen Spektrum sind nach Ansicht des Bundesverteidigungsministeriums nicht hinnehmbar.

Als Beleg für die tendenziell rechtsextreme Ausrichtung von „Soldat im Volk“ werden auch Texte des Publizisten Heinz Nawratil gewertet. Nawratil ist Interviewpartner der „National-Zeitung“, Referent bei der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) und der Burschenschaft Danubia, Autor der „Jungen Freiheit“ und des Verlagskomplexes Grabert/Hohenrain, Gutachter des Arndt-Verlages sowie bei der geschichtsrevisionistischen Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) engagiert.

Bereits im Jahr 2000 hatte die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage hin mitgeteilt, dass bei diversen Ausgaben von „Soldat im Volk“ „tatsächliche Anhaltspunkte für einen rechtsextremistischen Hintergrund“ gegeben seien. So wurde für einschlägige Druckerzeugnisse geworben, darunter die holocaustleugnenden „Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung“ (VffG) des deutschen Justizflüchtlings Germar Rudolf. Ferner wurden revisionistische Äußerungen veröffentlicht.

Das Kontaktverbot zum Verband deutscher Soldaten bedeutet für die Bundeswehr, dass keine Veranstaltungen des VdS mehr unterstützt werden dürfen. Dies schließt Truppenbesuche und die Bereitstellung von Räumlichkeiten für Veranstaltungen in Einrichtungen der Bundeswehr ein. Zugesagte Be-

suche sind abzusagen und Vertreter des VdS zu Veranstaltungen der Bundeswehr nicht mehr einzuladen. Untersagt wurde auch die Teilnahme von aktiven und ausgeschiedenen Soldaten in Uniform an Veranstaltungen des VdS.

Der 1951 in Bonn als Dachverband verschiedener Soldatenbünde gegründete VdS hat circa 6000 Mitglieder bei sinkender Tendenz. Der VdS versteht sich als Traditionsverband ehemaliger Wehrmachtssoldaten. Folgerichtig gehören die Mitglieder überwiegend der Erlebnisgeneration an, darunter zahlreiche Alte Kameraden-Witwen. Eine Nachwuchsarbeit findet praktisch nicht statt.

Bundesweite Schlagzeilen lieferte im Jahr 1998 der noch heute amtierende Nürnberger VdS-Vorsitzende Michael Kaiser, Hauptmann d.R. Der CSU-Mann referierte auf einer Veranstaltung des Winterkollegs der rechtsextremen „Freien Deutschen Sommerakademie“ über seinen Bundeswehreinsatz in Ruanda. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Hans-Ulrich Kopp, Alter Herr der Burschenschaft Danubia. Mit einem Büchertisch vor Ort vertreten war auch der bekannte Neonazi Steffen Hupka.

Autoren der Zeitschrift „Soldat im Volk“ sind unter anderem Franz Uhle-Wettler, Referent beim NS-apologetischen „Kulturwerk Österreich“ und Buchautor bei Grabert/Hohenrain, Peter Hild, Träger der HIAG-Ehrennadel in Silber mit Urkunde, Lothar Groppe, Autor der „Jungen Freiheit“, Referent bei der „Initiative gegen eine pauschale Verurteilung der Wehrmacht“, Walter Held, Teilnehmer eines Winterkollegs der „Freien Deutschen Sommerakademie“, Autor der „Jungen Freiheit“, Werner Kullik, Leserbriefschreiber in der „Deutschen Militärzeitschrift“ sowie der „Jungen Freiheit“, Meinrad Freiherr von Ow, Autor der „Deutschen Militärzeitschrift“, Alfred Schickel, ZFI-Vorsitzender, und Emil Schlee, Ex-Europaparlamentarier der Republikaner. In regelmäßiger Wiederkehr werden in „Soldat im Volk“ Artikel aus Rechtsblättern wie „Deutsche Militärzeitschrift“, „Junge Freiheit“ und „Nation&Europa“ nachgedruckt.

Zum VdS-Ehrenvorsitzenden wurde 2001 der seit 1987 amtierende VdS-Vorsitzende Jürgen Schreiber, Generalmajor a.D., gekürt. Schreiber ist der Auffassung, dass sich die „Betrachtung der deutschen Geschichte ... vor allem die Zeit von 1933 bis 1945 ... nicht in einseitigen Schimpfkanonaden erschöpfen“ könne.

Anton Maegerle

Meldungen**Inland**

■ **Berlin** – Die „Gründungsinitiative Deutsche Nationalversammlung“ (Bernhard Heldt) hat für den 1. und 2. Mai zu einem „demonstrativen Treffen“ nach Berlin eingeladen. Angesprochen sind „alle Personen und Institutionen, die sich in der Tradition der deutschen ‘Boden- Lebens- und Geldreform’ verbunden wissen und diese Probleme bis in die zionistisch-mosaischen Ursprünge verfolgen.“ Ziel des Treffens ist die Organisierung des Widerstandes „gegen den BRD-Zionismus“. Der Einladung zufolge soll dabei auch über die „aktuellen politischen Gefahren“ gesprochen werden, „die die Veranstalter der 1. Mai-Kundgebung und ihre Spitzel vom Verfassungsschutz, System-Eliten, Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und ihre zionistischen Mitläufer unterbinden wollen, um eine Eskalation des Bürgerprotestes zu verhindern.“ Die „Gründungsinitiative Deutsche Nationalversammlung“ lobt den notorischen Antisemiten Horst Mahler, da dieser „den Ursprung des Problems zum Zionismus und Antizionismus als ein globales Phänomen charakterisiert und entmystifiziert.“

■ **Berlin** – Die Zahl der Neonazis ist im vergangenen Jahr bundesweit auf 3000 (2002: 2600) Personen angestiegen, ein Großteil von ihnen sei in 160 „Kameradschaften“ organisiert. Dies berichtet der in Berlin erscheinende „Tagesspiegel“ unter Berufung auf Sicherheitsexperten. Geschrumpft sei demnach ebenso das Potenzial der militanten Rechtsextremisten, meist Skinheads, auf 10 000 (2002: 10 700) Aktivisten.

■ **Erfurt** – Der Landeswahlausschuss hat die Liste der NPD für die Landtagswahl in Thüringen am 13. Juni zugelassen. Angeführt wird die Liste von Ralf Wohlleben (28) aus Jena. Der Fachinformatiker und Pressesprecher der Landespartei gehört zu jenen NPDlern, die sich um ein enges Verhältnis zu den „freien“ Kameradschaften bemühen. Auf Platz 2 folgt Gordon Richter (29) aus Gera, auf dem dritten Platz Thorsten Heise (34) aus Fretterode, der frühere FAP-Landesvorsitzende in Niedersachsen. Der NPD-Landesvorsitzende Frank Schwerdt appellierte an die „freien Kräfte“, ihre Vorbehalte gegen seine Partei fallen zu lassen.

■ **Erfurt** – Seit dem 21. April wird gegen den ehemaligen thüringischen Landesvorsitzenden und Ex-

Bundesvize des Bund der Vertriebenen Paul Latussek wegen Volksverhetzung verhandelt. Die 2. Große Strafkammer des Landgerichts in Erfurt hat über eine Passage aus einer Rede Latusseks vom November 2001 zu befinden. In seinem damaligen Rechenschaftsbericht in Arnstadt soll Latussek den Holocaust relativiert haben („Lügen von Auschwitz“). Das Landgericht hatte eine Eröffnung des Verfahrens gegen den 67-Jährigen zunächst abgelehnt. Das Oberlandesgericht Thüringen hob diese Entscheidung wieder auf.

■ **Finowfurt** – Der von der Polizei in einem Wald bei Finowfurt im Kreis Barnim (Brandenburg) Mitte April ausgehobenen paramilitärischen „Kameradschaft Nordland“ gehörte auch der ehemalige Kroatien-Söldner Eckart Bräuninger an. Bräuninger pflegt enge Kontakte zu der rechtsextremen Ost-Berliner Rockergruppe „Vandalen-Ariogermanische Kampfgemeinschaft“. Er zählte zum Aktivistenstamm der verbotenen Skinheadorganisation „Blood&Honour“ und war bis zuletzt Mitglied der Berliner NPD.

■ **Halle** – Uwe Nolte (alias „NOLTE“), Gründungsmitglied der neuheidnischen Band „Orplid“, will am 21. Mai in Halle an der Saale ein „German Heathen Black Metal“-Konzert organisieren. Aufspielen werden die deutschen Bands „Orlog“, „Haruc“ („teutonischer Opfermetal“), „Thrudvanger“ sowie die niederländischen Bands „Heidevolk“ und „Grimm“.

■ **Laupheim** – 300 Skinheads lauschten am 10. April im baden-württembergischen Laupheim dem Auftritt der rechtsextremen schwedischen Sängerin Saga und der Skin-Band „Act of Violence“. Organisiert wurde die Rechtsrock-Veranstaltung von der Kameradschaft „Widerstand Schwaben“.

■ **Leipzig** – Der Hamburger Rechtsanwalt und Rechtsextremist Jürgen Rieger wurde vom Leipziger Strafsenat des Bundesgerichtshofs in letzter Instanz rechtskräftig wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener verurteilt. Der BGH bestätigte damit ein Urteil des Hamburger Landgerichts von 2003, das Rieger zu einer Geldstrafe in Höhe von 80 Tagessätzen à 42 Euro verurteilt hatte. Jürgen Rieger hatte bei der Verteidigung des wegen Volksverhetzung angeklagten Neonazis Thomas Wulff in Beweisanträgen behauptet, in Auschwitz wären keine Vernichtungslager gewesen, in denen Menschen durch Giftgas getötet worden seien.

■ **Lüdenscheid** – Die nordrhein-westfälische NPD hat ihren Vorstand neu gewählt. Bei einem Landesparteitag am 18. April im Märkischen Kreis wurde Parteichef Stephan Haase im Amt bestätigt. Timo Pradel bleibt einer seiner drei Stellvertreter. Weitere Stellvertreter Haases wurden Claus Cremer – er bleibt im Vorstand auch für die Kontakte mit so genannten „freien Nationalisten“ verantwortlich – und Mathias Rochow, die in diesen Funktionen Wolfgang Henning und Bruno Kirchner ablösen. In Aachen, im Märkischen Kreis, in Mettmann, Mönchengladbach, Köln und im Ennepe-Ruhr-Kreis will die Partei bei den NRW-Kommunalwahlen im September antreten. Positiv verbuchte die Partei die „in Nordrhein-Westfalen praktizierte positive und konstruktive Zusammenarbeit freier Nationalisten mit der Partei“.

■ **Magdeburg** – Vor dem Amtsgericht Magdeburg wird gegen Frank Kerkhoff, Mitglied des antisemitischen „Deutschen Kollegs“, wegen Volksverhetzung und Verächtlichmachung der Bundesrepublik verhandelt. Kerkhoff hatte im Herbst 2002 das DK-Flugblatt „Deutschland wird wieder Deutsch!“ erstellt und verbreiten lassen. Darin heißt es unter anderem: „Entausländert Eurer Denken!“, „Macht Eure Schulen, Fabriken und Gemeinden wieder Deutsch“ und „Das System aus Fremdherrschaft und inländischer Kooperation hat aus unserem wunderschönen Land einen Saustall gemacht“. Rechtsbeistand von Kerkhoff, Ex-NPD-Landesvorsitzender von Sachsen-Anhalt, ist der Szene-Anwalt Carsten Schrank aus Berlin.

■ **Marburg** – Rund 500 Neonazis demonstrierten am 17. April in den beiden mittelhessischen Städten Marburg und Gladenbach. Organisiert wurde der Aufmarsch vom „Aktionsbündnis Mittelhessen“ rund um Manuel Mann aus Amöneburg. Als Versammlungsleiter fungierte Christian Worch, der neben Doris Zutt (NPD), Ivonne Mädels (Freie) sowie Axel Reitz und Philipp Hasselbach (KDS) auch ans Mikrofon trat. Drei Rechtsextreme wurden vorläufig festgenommen. Einer von ihnen soll mit einer mit Nägeln gespickten Zaunlatte auf Polizisten losgegangen sein. Nach dem 17. Januar und dem 21. Februar war dies bereits der dritte Aufmarsch von Neonazis in Mittelhessen in diesem Jahr.

■ **München** – Nach seiner Haftentlassung baut der militante Neonazi Norman Bordin (Bernau am Chiemsee) wieder die Homepage des „Nationalen Widerstandes Süddeutschland“ (Postfachadresse in München) auf. An dem „Netzprojekt“ nehmen unter anderem das „NIT Süddeutschland“, die „Ka-

meradschaft München“, der Liedermacher Michael Müller und die NPD-Oberbayern teil. Definiert werden in der im Aufbau befindlichen Homepage die wichtigsten Grundsätze und Ziele des „Nationalen Widerstandes“. Gefordert wird die „Ausschaltung aller volksfeindlichen und naturfeindlichen Vorgänge in unserer Heimat“, die „Schaffung eines gerechten und natürlichen Wirtschaftssystems, in welchem leistungsbezogen entlohnt wird und müheloses Einkommen (Zinsen, Spekulationen aller Art) verhindert wird“, die „Wiedererrichtung einer weitgehend autarken Volksgemeinschaft“ und der „Stopp der Globalisierung“.

■ **Nürnberg** – Gerd Ittner (45), Neonazi und selbst ernannter „Sachwalter des Deutschen Reiches“, ist erneut in Haft genommen worden. Gegen ihn soll ab Mitte Juni wegen einer Vielzahl von Volksverhetzungsdelikten, begangen bei einer Demonstration sowie durch Veröffentlichungen im Internet, vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Nürnberg verhandelt werden. Angesichts der zu erwartenden erheblichen Freiheitsstrafe hatten die Ankläger nicht ausgeschlossen, dass Gerd Ittner untertauchen würde.

■ **Schwarzenborn/Knüll** – Wenige Tage nach seiner Haftentlassung leitete Manfred Roeder am 27. März wieder den ersten Heimatabend auf seinem „Reichshof“. Im aktuellen Rundbrief solidarisiert sich Roeder mit dem früheren KSK-Kommandeur Reinhard Günzel. „Ich schließe mich der Meinung von General Günzel an, der es als Kompliment empfindet, von dieser Regierung entlassen worden zu sein. Für mich ist es eine Ehre, von diesem System gefürchtet und gehasst zu werden, dass man mich schlimmer behandelt, als den Mauermörder Krenz oder den Terroristen Klein.“

■ **Schwerin** – Die Schweriner Staatsanwaltschaft hat vor dem Amtsgericht Grevesmühlen Anklage gegen den 29-jährigen Neonazi Sven Krüger erhoben. Krüger und zwei weiteren Angeklagten im Alter von 21 und 24 Jahren wird die „Bildung einer bewaffneten Gruppe“ vorgeworfen. Bei einer paramilitärischen Übung der Neonazis im Juni 2003 im westlich von Wismar gelegenen Eversdorfer Forst stellte die Polizei neben Luftdruckwaffen und zwei Schreckschusspistolen einen LKW sowie einen mit Tarnanstrich versehenen Kleintransporter mit Symbolen der Wehrmacht sicher. Krüger war im Juli 1996 Rädelführer einer Gruppe junger rechtsextremer Schläger, die in brutalster Weise einen Campingplatz am Plauer See überfallen und eine Jugendgruppe aus

dem nordrhein-westfälischen Kleve attackiert hatten. Er wurde zu einer Haftstrafe von drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt. Wegen eines Einbruchdiebstahls sitzt Krüger bereits in Untersuchungshaft.

■ **Simbach** – Das Amtsgericht Eggenfelden hat den 19-jährigen Neonazi Michael Küblböck (Simbach/Niederbayern), den Bruder des RTL-„Superstars“ Daniel Küblböck, zu einer 18-monatigen Haftstrafe wegen Körperverletzung verurteilt. Der Arbeitslosenhilfeempfänger, dessen Arme mit Hakenkreuzen und SS-Runen tätowiert sind, hatte gegen eine laufende Bewährungsstrafe verstoßen.

■ **Wuppertal** – Unbekannte haben laut Polizei am letzten Aprilwochenende in Wuppertal eine Art Hakenkreuz-Fahne an einer Brücke über die Autobahn befestigt. Das vier mal zwei Meter große rote Tuch trug laut Ordnungshüter in der Mitte einen weißen Kreis mit schwarzem Hakenkreuz – wie das Hakenkreuz-Banner in NS-Deutschland.

Ausland

■ **USA (Hillsboro)** – Parallel zu den Attacken auf die antisemitische Internetseite „Jewwatch“ ist es auch zu angeblich „organisierten jüdischen Versuchen“ gekommen, die Website des Magazins „National Vanguard“, dem Sprachrohr der rechtsextremen National Alliance (NA), aus dem Netz zu verdrängen. Diese seien, wie ein Sprecher der in West Virginia ansässigen Organisation am Rande einer „National Alliance Leadership Conference“ Ende April erklärte, allerdings erfolglos geblieben. Hintergrund ist der öffentliche Druck auf den Internetanbieter „Everyone's Internet“, auf dessen Server sich beide Seiten bislang befanden. Während Jewwatch, dessen Betreiber ebenfalls NA-Mitglied ist, mittlerweile abgeschaltet wurde, kam die NA der Kündigung durch den Wechsel zu einem anderen, nicht genannten Anbieter voraus. Auch seien weitere Schritte unternommen worden, National Vanguard gegen die häufigen Sabotageversuche via Internet zu schützen.

■ **USA (Dallas)** – Mit mehreren Anti-Immigrations-Werbespots versucht die rechtslastige Organisation „Coalition for the Future American Worker“ die beginnenden Wahlkämpfe in den US-Bundesstaaten Texas und Utah anzukurbeln. Scharf angegriffen wird darin vor allem der demokratische Politiker Martin Frost, dessen Gesetzesvorschläge angeblich Millionen von illegalen Einwanderern Amnestie gewähren

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
 PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
 Heft 09/2004 Abo 401917
 Antifaschistisches Pressearchiv und
 Lausitzer Str. 10
 10999 BERLIN

und amerikanische Arbeiter weiter in die Armut drängen würden. Die „Coalition“ unterhält Kontakte zu anderen rechtsextremen Organisationen und finanziert die Spots auch durch Spenden des „Pioneer Fund“, einer in den 30er-Jahren gegründeten pseudowissenschaftlichen Gruppierung aus New York, die sich dem Studium von Eugenik, Verhaltensgenetik und Rassenunterschieden verschrieben hat und der enge Verbindungen ins Neonazi-Milieu nachgesagt werden. Frost, das einzige jüdische Mitglied seiner Fraktion, hat Fernsehsender und auch seinen republikanischen Kontrahenten Pete Sessions aufgefordert, sich von den diskriminierenden Botschaften zu distanzieren.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
 Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
 Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
 e-mail: nandlinger@bnr.de
 Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout: Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
 38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

IPS-Datenservice, Carl-Zeiss-Str. 5
 53340 Meckenheim
 Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
 Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
 Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
 Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
 Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.